

# **Kreis Viersen**

## **Bewerbungsbedingungen**

### **Beförderungsdienstleistungen von Bioabfall**

**- Juni 2026 -**

**Auftraggeber:**



Abfallbetrieb des  
Kreises Viersen  
Rathausmarkt 3

<b>Inhalt</b>	
<b>I. Bewerbungsbedingungen</b>	<b>5</b>
<b>I.1 Das Vergabeverfahren</b>	<b>5</b>
<b>I.1.1 Auftraggeber (AG) und Ansprechpartner</b>	<b>5</b>
<b>I.1.2 Gegenstand des Verfahrens</b>	<b>5</b>
<b>I.1.3 Grundlage des Verfahrens</b>	<b>5</b>
<b>I.1.4 Vergabeunterlagen</b>	<b>6</b>
<b>I.1.5 Einsatzformen des Bewerbers / Bieters</b>	<b>6</b>
<b>I.1.5.1 Angebote von Bietergemeinschaften</b>	<b>6</b>
<b>I.1.5.2 Einbindung von Nachunternehmern</b>	<b>7</b>
<b>I.1.5.3 Einbindung Dritter auf Seiten der Bieter</b>	<b>7</b>
<b>I.1.6 Kommunikation und Rückfragen</b>	<b>8</b>
<b>I.1.7 Weiteres Verfahren</b>	<b>9</b>
<b>I.1.8 Kostenerstattung und Entschädigung</b>	<b>9</b>
<b>I.1.9 Verfahrensänderungen</b>	<b>9</b>
<b>I.1.10 Sprache</b>	<b>9</b>
<b>I.2 Das Angebot</b>	<b>10</b>
<b>I.2.1 Frist / Ort</b>	<b>10</b>
<b>I.2.2 Struktur und Form</b>	<b>10</b>
<b>I.2.3 Eigentum / Urheberrecht / Rückgabe</b>	<b>11</b>
<b>I.2.4 Kennzeichnung von Geheimnissen</b>	<b>11</b>
<b>I.2.5 Weitere formale Anforderungen an die Angebote / Ausschlussgründe</b>	<b>11</b>
<b>I.2.5.1 Verspäteter Eingang</b>	<b>11</b>
<b>I.2.5.2 Unzureichende Form</b>	<b>11</b>
<b>I.2.5.3 Unvollständigkeit und Nachforderung</b>	<b>11</b>
<b>I.2.5.4 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen / Mittelstandskartelle</b>	<b>12</b>
<b>I.2.5.5 Sonstige Ausschlussgründe</b>	<b>12</b>
<b>I.3 Vorzulegende Unterlagen und Mindestanforderungen</b>	<b>12</b>
<b>I.3.1 Vorzulegende Unterlagen mit dem Angebot</b>	<b>12</b>
<b>I.3.2 Mindestanforderungen</b>	<b>13</b>
<b>I.4 Zuschlagskriterien</b>	<b>15</b>
<b>I.5 Vertragsbedingungen</b>	<b>15</b>
<b>I.6 Allgemeiner Hinweis zu den Vergabeunterlagen</b>	<b>15</b>
<b>I.7 Unklarheiten und Rechtsschutz</b>	<b>16</b>

<b>I.7.1</b>	<b>Unklarheiten.....</b>	<b>16</b>
<b>I.7.2</b>	<b>Rügefristen .....</b>	<b>16</b>
<b>I.7.3</b>	<b>Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren .....</b>	<b>17</b>

**Definitionen (gelten für alle Teile der Vergabeunterlagen):**

AG:	Auftraggeber
AN:	Auftragnehmer; gegebenenfalls auch: der jeweilige Bieter; gegebenenfalls auch: der derzeitige Auftragnehmer
AEntG:	Arbeitnehmer-Entsendegesetz
Benutzer	Anschlussberechtigte und -verpflichtete
BGB:	Bürgerliche Gesetzbuch
DIN:	Deutsches Institut für Normung
DIN EN:	Deutsche Übernahme einer Europäischen Norm
EP:	Einheitspreise
GWB:	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Kommunales	
KrWG:	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz)
LB:	Leistungsbeschreibung
NRW:	Nordrhein-Westfalen
Teilservice:	Behälter bzw. Abfälle werden vom Benutzer am Abfuhrtag am Straßenrand bereitgestellt
TVgG-NRW:	Tariftreue- und Vergabegesetz NRW
VerpackV:	Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung)
VgV:	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung)
VK:	Vergabekammer
VOL/B:	Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

## **I. Bewerbungsbedingungen**

### **I.1 Das Vergabeverfahren**

#### **I.1.1 Auftraggeber (AG) und Ansprechpartner**

Auftraggeber des Verfahrens ist die

Kreis Viersen, vertreten durch den Abfallbetrieb  
Rathausmarkt 3  
41747 Viersen

Rechtliche Beratung:

Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB  
Kathrin Sabel  
Stadttor 1  
40219 Düsseldorf

#### **I.1.2 Gegenstand des Verfahrens**

Gegenstand dieses Verfahrens ist

Vergabe von Beförderungsleistungen von Bioabfall

#### **I.1.3 Grundlage des Verfahrens**

Der Auftraggeber verfährt nach den Vorgaben der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung 2026 – VgV), ohne dass diese Regeln Vertragsbestandteil werden. Er beachtet das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW.

Der Bieter hat einen Rechtsanspruch auf Anwendung dieser Bestimmungen. Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen diese Vergabebestimmungen kann sich der Bewerber bzw. Bieter an die am Ende dieses Verfahrensleitfadens genannte Vergabekammer wenden.

Der Auftraggeber schreibt die Leistung europaweit im Rahmen eines offenen Verfahrens aus.

#### I.1.4 Vergabeunterlagen

Teil I:	Bewerbungsbedingungen
Teil II:	Leistungsbeschreibung Preisblatt
Teil III:	Angebotsschreiben inkl. Eigenerklärungen und Nachweise
Teil IV:	Beförderungsvertrag

#### I.1.5 Einsatzformen des Bewerbers / Bieters

Es steht jedem Wirtschaftsteilnehmern frei, in welcher Konstellation (Einzelbieter, mit / ohne Nachunternehmen, Bietergemeinschaft, etc.) er sich beteiligen möchte. **Eine nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften nach Ablauf der Angebotsfrist ist nicht möglich.**

##### I.1.5.1 Angebote von Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind in diesem Verfahren zugelassen, soweit ihre Bildung durch die jeweiligen Mitglieder rechtmäßig ist bzw. den Wettbewerb nicht unzulässig einschränkt. Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder mit postalischer Anschrift und unter Bezeichnung ihrer Vertretungsverhältnisse aufgeführt sind und ein von allen für die Durchführung des Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- dass dieser bevollmächtigte Vertreter gegenüber dem Auftraggeber alle Mitglieder rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner haften.

Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch für die angebotene Leistung.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Bietergemeinschaft aufzufordern, die Gründe für die Bildung der Bietergemeinschaft darzulegen.

Der Auftraggeber stellt einen Vordruck zur Verfügung.

### **I.1.5.2 Einbindung von Nachunternehmern**

Der geplante Einsatz von Nachunternehmen – zu welcher Leistungsart und für welchen Zeitraum auch immer – ist sowohl hinsichtlich des Umfangs im Angebot mitzuteilen.

a)

Beabsichtigt der Bieter-/ die Bietergemeinschaft im Auftragsfall die Hinzuziehung von Nachunternehmen und möchte er / sie sich zum Nachweis der eigenen Leistungsfähigkeit auf die Leistungsfähigkeit dieser Nachunternehmen berufen, so hat er / sie bereits im Angebot

- anzugeben, welche Leistungsbereiche in welchem Umfang von diesen Nachunternehmen im Auftragsfall übernommen werden sollen;
- die vorgesehenen Nachunternehmen zu benennen;
- für diese die Unterlagen / Erklärungen in dem unter Ziffer I.3.1 genannten Umfang vorzulegen;
- die rechtsverbindliche Erklärung der benannten Nachunternehmen über deren Zusicherung, im Fall der Beauftragung des Bieters / der Bietergemeinschaft die erklärten Nachunternehmerleistungen als Nachunternehmen zu erbringen, vorzulegen (Vordruck in den Vergabeunterlagen enthalten).

b)

Andere Nachunternehmen, auf deren Leistungsfähigkeit sich der Bieter / die Bietergemeinschaft nicht beruft, müssen mit dem Angebot noch nicht benannt werden. Es genügt, mit dem Angebot den Umfang und die Art des Nachunternehmereinsatzes anzugeben.

Sofern das Angebot in die engere Wahl kommt, hat der Bieter / die Bietergemeinschaft auf Verlangen des Auftraggebers den Namen und die Anschrift des Nachunternehmens innerhalb einer angemessenen Frist zu benennen sowie für diesen die u.g. Nachweise / Erklärungen vorzulegen.

### **I.1.5.3 Einbindung Dritter auf Seiten der Bieter**

Beabsichtigt der Bieter / die Bietergemeinschaft, sich zum Nachweis seiner / ihrer finanziellen, wirtschaftlichen oder technischen Leistungsfähigkeit auf Dritte zu berufen, so muss er / sie mit seinem / ihrem Angebot eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Dritten oder ein anderer, gleichwertiger Verfügbarkeitsnachweis vorlegen, nach deren Inhalt die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die entsprechenden Ressourcen des Dritten nachgewiesen wird.

Die in der europaweiten Bekanntmachung benannten Nachweise und Erklärungen zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit müssen für die Dritten insoweit vorgelegt werden, als sich ein Bieter- eine Bietergemeinschaft, zum Nachweis der Eignung auf diese Ressourcen des Dritten beruft.

In Bezug auf den Nachweis der einschlägigen Erfahrung (Referenzen) können die Bieter / Bietergemeinschaften jedoch nur die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn diese die Arbeiten im Auftragsfall ausführen beziehungsweise die Dienstleistungen erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Soll im Hinblick auf den Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden, so ist vorgesehen, dass der Bieter / die Bietergemeinschaft und diese Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung haften.

#### **I.1.6 Kommunikation und Rückfragen**

Der Auftraggeber stellt die Unterlagen im Projektraum auf dem Vergabeportal Deutsches Vergabeportal, unter **www.dtvp.de**, in elektronischer Form den Beteiligten zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat der Bieter / die Bietergemeinschaft den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut elektronisch übersandt. Die Empfänger sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig und zu öffnen sind.

Der Auftraggeber nutzt für diese Vergabe eine Vergabeplattform ([www.dtvp.de](http://www.dtvp.de)). Fragen zu diesem Verfahren und den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über die genutzte Vergabeplattform zu richten. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

Interessenten sind gehalten, Fragen möglichst 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist zu stellen. Fragen, die dem Auftraggeber nicht bis dahin vorliegen, können im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller Bieter gegebenenfalls nicht mehr vor Ablauf der Frist beantwortet werden.

Die Fragen werden möglichst zeitnah durch die Auftraggeber beantwortet und die Antworten allen Interessenten in anonymisierter Form zeitgleich über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Es wird darum gebeten, die Fragen so zu formulieren, dass diese zusammen mit den Antworten allen interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden können, ohne dass der Auftraggeber diese zwecks Anonymisierung umformulieren muss.

Alle Interessenten werden darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber über die Vergabeplattform mit den Interessenten kommuniziert. Mitteilungen des Auftraggebers an die Interessenten / die Bieter gelten als zugegangen, wenn diese in den Projektraum eingestellt werden (siehe hierzu die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Vergabeplattform). **Interessenten / Bieter sind daher im eigenen Interesse gehalten, regelmäßig den Projektraum auf Mitteilungen des Auftraggebers zu kontrollieren, insbesondere wegen Beantwortung etwaiger Bieterfragen sechs Tage vor der Angebotsfrist.**



Es besteht keine Pflicht zur Registrierung, um die Vergabeunterlagen einzusehen. Es wird aber empfohlen, sich bereits während der Angebotsphase zu registrieren. Für die elektronische Abgabe des Angebots hat eine kostenfreie Registrierung zu erfolgen (§ 9 Abs. 1 VgV).

Angaben, welche den Verfahrensleitfaden ergänzen oder berichtigen, gelten ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe als verbindliche Bestandteile des Verfahrensleitfadens.

#### **I.1.7 Weiteres Verfahren**

Die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein Angebot ab.

Anschließend wird die Eignung der Bieter / Bietergemeinschaft geprüft, die ein wertungsfähiges Angebot abgegeben haben. Die Angebote werden ausgewertet. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

#### **I.1.8 Kostenerstattung und Entschädigung**

Für die Erstellung der Angebote werden keine Vergütung oder Entschädigung gewährt.

#### **I.1.9 Verfahrensänderungen**

Der Auftraggeber behält sich vor, den Ablauf des Verfahrens zu jedem Zeitpunkt bei Vorliegen gewichtiger Gründe zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden. Über etwaige Änderungen wird der Auftraggeber alle Interessenten zeitgleich informieren. Bei der Entscheidung über Änderungen wird der Auftraggeber die allgemeinen vergaberechtlichen Grundsätze Wettbewerb, Gleichbehandlung und Transparenz beachten.

#### **I.1.10 Sprache**

Das Angebot, sämtliche beizubringenden Erklärungen und weitergehende Korrespondenz sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer anderen Sprache eingereicht wird, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzung beizufügen.

Arbeitssprache für die spätere Auftragsabwicklung ist deutsch.

## **I.2 Das Angebot**

### **I.2.1 Frist / Ort**

Bieter / Bietergemeinschaften haben ihr Angebot entsprechend den Anforderungen gemäß der europaweiten Bekanntmachung und diesen Bewerbungsbedingungen bis zum Ablauf der Angebotsfrist einzureichen.

Der Bewerber muss das Angebot **elektronisch** über den o.g. Projektraum fristgerecht auf eine der folgenden Arten einreichen:

- Elektronisch in Textform
- Elektronisch mit fortgeschrittener elektronischer Signatur
- Elektronisch mit qualifizierter elektronischer Signatur

In diesem Zusammenhang soll auf die folgenden Punkte hingewiesen werden:

- Das Angebot ist über das sog. Bietertool einzureichen. Nur hierdurch ist die geforderte Verschlüsselung gewährleistet. Es ist nicht ausreichend, das Angebot als Anhang zu einer Nachricht über die Funktion „Kommunikation“ zu übersenden.
- Es gibt eine Größenbeschränkung für die Übermittlung der Dateianhänge, um deren Beachtung gebeten wird.
- Für die elektronische Übermittlung der Angebote über das sog. Bietertool werden unterschiedliche Software und Softwareeinstellungen gefordert. Bitte informieren Sie sich frühzeitig vor Abgabe, ob die von Ihnen genutzte Technik diese Anforderungen erfüllt. Es wird empfohlen, die Abgabe des Teilnahmeantrags bereits einige Tage vor Fristablauf zu testen.
- Bitte planen Sie für die elektronische Übermittlung der Angebote ebenfalls Zeit ein. Maßgeblich für die Fristbetrachtung ist der Eingang der Daten auf dem Server, nicht der Beginn des Versandes der Unterlagen.

### **I.2.2 Struktur und Form**

Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Angebote einen Vordruck samt Erklärungsvordrucken erstellt, welche zwingende zu verwenden sind. Die Unterlagen können über die Vergabeplattform bezogen werden.

Eine Verweisung auf etwaige frühere Angebote des Bieters / der Bietergemeinschaft beim Auftraggeber ist unzulässig.

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen.

### **I.2.3 Eigentum / Urheberrecht / Rückgabe**

Die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bieter / Bietergemeinschaften vorgelegten Unterlagen, Erklärungen usw. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Die eingereichten Unterlagen verbleiben zu Dokumentations-zwecken bei dem Auftraggeber. Ein Anspruch auf Rückgabe besteht nicht.

### **I.2.4 Kennzeichnung von Geheimnissen**

Die Bieter / die Bietergemeinschaften sind aufgefordert, die Teile des Angebots, die berechtigterweise ein Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich als ein solches zu kennzeichnen. Geschieht dies nicht, kann im Falle eines Rechtsbehelfsverfahrens nicht ausgeschlossen werden, dass ohne weitere Gewährung rechtlichen Gehörs die zur Entscheidung berufene Stelle die Zustimmung des Bieters / der Bietergemeinschaft auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z. B. andere Teilnehmer oder Bieter) voraussetzt.

### **I.2.5 Weitere formale Anforderungen an die Angebote / Ausschlussgründe**

#### **I.2.5.1 Verspäteter Eingang**

Ausgeschlossen werden Angebote, die bis zum Ablauf der gesetzten Frist dem Auftraggeber nicht vorgelegen haben, mit Ausnahme von Angeboten, die aus Gründen verspätet eingegangen sind, die vom Bieter / von der Bietergemeinschaft nicht zu vertreten waren (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

#### **I.2.5.2 Unzureichende Form**

Ausgeschlossen werden auch Angebote, die nicht über das Bietertool des Projektraums eingereicht wurden.

#### **I.2.5.3 Unvollständigkeit und Nachforderung**

Ebenfalls werden Angebote ausgeschlossen, die – auch nach Ablauf einer ggf. gesetzten Nachfrist – unvollständig sind. Der Auftraggeber behält sich vor, nach § 56 Abs. 2 VgV fehlende Nachweise und Erklärungen nachzufordern. Sofern sich der Auftraggeber für eine Nachforderung entscheidet, fordert er innerhalb einer angemessenen Nachforderungsfrist nach. Ein Anspruch des Bieters / der Bietergemeinschaft auf Nachforderung fehlender Nachweise und Erklärungen besteht nicht. Jeder Bieter / jede Bietergemeinschaft ist daher im eigenen Interesse gehalten, ein vollständiges Angebot einzureichen.

Ein Hinweis auf eine Präqualifizierung des Bieters / der Mitglieder der Bietergemeinschaft kann die Einreichung der unter Ziffer III.1 der vorliegenden Bekanntmachung

aufgeführten Nachweise und Erklärungen nur insoweit ersetzen, soweit sich diese decken.

#### **I.2.5.4 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen / Mittelstandskartelle**

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertragsverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) freigestellt. Die Voraussetzungen können in §§ 2, 3 GWB nachgelesen werden.

#### **I.2.5.5 Sonstige Ausschlussgründe**

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen von Bietern / Bietergemeinschaften führen ebenfalls zum Ausschluss des Angebotes.

Änderungen und Ergänzungen an den Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen) sind unzulässig.

Im Übrigen wird auf die Ausschlussgründe der VgV verwiesen.

### **I.3 Vorzulegende Unterlagen und Mindestanforderungen**

Interessenten, die sich am Verfahren beteiligen wollen, müssen die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise vorlegen:

#### **I.3.1 Vorzulegende Unterlagen mit dem Angebot**

Mit dem Angebot sind zum Nachweis der Eignung der Bieter / der Bietergemeinschaft vorzulegen:

1.	Angebotsvordruck – ausgefüllt und unterschrieben	
2.	Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil	
3.	Vordruck 2: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit	
4.	Vordruck 3: Erklärung zum Umsatz	
5.	Vordruck 4: Referenzen	
6.	Vordruck 5: Eigenerklärung zu Umsetzung von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014	
7.	Vordruck 6: Nachunternehmer / Dritte	

8.	Nachweis eines Entsorgungsfachbetriebszertifikats oder gleichwertig	
9.	Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung	

Von **Bietergemeinschaften** sind mit dem Angebotsvordruck zusätzlich für jedes Mitglied die unter Ziffer 2 bis Ziffer 8 genannten Unterlagen sowie zudem einzureichen:

10.	Vordruck 7: Bietergemeinschaftserklärung	
-----	--	--

Bei Einsatz von **Nachunternehmern / sonstigen Dritten, auf die zum Nachweis der Leistungsfähigkeit verwiesen wird**, sind für jeden Nachunternehmer / sonstiges Unternehmen mit dem Angebot die Nachweise / Erklärungen unter den Ziffern 2 bis 6 sowie die nachstehenden Erklärungen vorzulegen. Diese sind jedoch nur für die Bereiche zwingend erforderlich, in denen die Nachunternehmer eingesetzt werden sollen.

11.	Vordruck 8: Verfügbarkeitserklärung des Nachunternehmens / sonstigen Dritten (oder gleichwertige Erklärung)	
-----	---	--

Des Weiteren sind mit dem **Angebot zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit** des Angebotes vorzulegen:

1.	Preisblatt – ausgefüllt	
----	-------------------------	--

### I.3.2 Mindestanforderungen

Mindestanforderungen an die Eignung der Bieter / Bietergemeinschaft ergeben sich aus der europaweiten Bekanntmachung und werden hier lediglich wiederholt:

#### Eignung zur Berufsausübung

Der Bieter/jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft hat zur Beurteilung der persönlichen Lage mit dem Angebot im Rahmen eines vom Auftraggeber vorgegebenen Angebotsvordrucks folgende Angaben/Unterlagen einzureichen:

1. Unternehmensdarstellung/Firmenprofil
2. Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023

3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123 und 124 GWB; der Auftraggeber behält sich vor, bei Zweifeln an der Richtigkeit der Eigenerklärungen Fremdbescheinigungen über das Nichtvorliegen der vorgenannten Ausschlussgründe nachzufordern.

### **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Der Bieter/jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft hat zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit mit dem Angebot im Rahmen eines vom Auftraggeber vorgegebenen Angebotsvordrucks folgende Angaben vorzulegen:

1. Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung i.H.v. mind. 5 Mio. EUR je Schadensfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden sowie einer Umwelthaftpflichtversicherung i.H.V. mind. 5 Mio. EUR je Schadensfall, jeweils zweifach max. pro Jahr durch Vorlage einer aktuell gültigen Fremdbescheinigung des Versicherungsgebers oder Bereitschaftserklärung eines Versicherungsgebers, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abzuschließen (Kopie ausreichend).
2. Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens, bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre.

### **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Der Bieter/jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft hat zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit mit dem Angebot im Rahmen eines vom Auftraggeber vorgegebenen Angebotsvordrucks folgende Angaben/Unterlagen vorzulegen:

1. Benennung von Referenzen (Vordruck in den Vergabeunterlagen enthalten) aus den letzten 5 Jahren (Stichtag: Angebotsfrist) mit erbrachten Leistungen vergleichbarer Art (Befördern von Siedlungsabfällen) insbesondere mit folgenden Angaben:
  - a) Name des Auftraggebers und Kontaktdaten (Referenz).
  - b) Name des ausführenden Standorts des Bieters / Mitglieds der Bietergemeinschaft
  - c) Zeitraum der Leistungserbringung
  - d) Kurzbeschreibung der Referenz
  - e) Angabe des Abfallart(en)
  - f) Angabe der Beförderungsleistung
2. Bei Ablauf der Angebotsfrist gültiger Nachweis der Anerkennung als Entsorgungsfachbetrieb (§ 56 KrWG) für die zu vergebenen Leistungen (Befördern von Abfällen mit den ASN 20 03 01 ("gemischte Siedlungsabfälle (hier: nur Bioabfälle)")) für den Bieter (vollständiges Entsorgungsfachbetrieb-Zertifikat) oder gleichwertiger Nachweis.

### **Mindestanforderung:**

1. Die Bieter / die Bietergemeinschaft muss über mindestens eine Referenz aus den letzten 5 Jahren (Stichtag: Angebotsfrist) über die Erbringung von zum vorliegenden Auftrag vergleichbaren Leistungen (Befördern von Siedlungsabfällen) verfügen (Mindestanforderungen). Die Vergleichbarkeit setzt voraus:
  - a) Befördern von Hausmüll und/oder Bioabfall
  - b) Beförderungsleistung für mindestens ein Jahr erbracht
  - c) Jahresmenge:  $\geq 10.000$  Tonnen
2. Bei Ablauf der Angebotsfrist gültiger Nachweis der Anerkennung als Entsorgungsfachbetrieb (§ 56 KrWG) für die zu vergebenen Leistungen (Befördern von Abfällen mit den ASN 20 03 01 ("gemischte Siedlungsabfälle (hier: nur Bioabfälle)")) für den Bieter (vollständiges Entsorgungsfachbetrieb-Zertifikat) oder gleichwertiger Nachweis.

### **I.4 Zuschlagskriterien**

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.

Das beste Preis-Leistungs-Verhältnis hat das Angebot mit dem geringsten Angebotspreis gem. Ziff. 3 der Leistungsbeschreibung.

### **I.5 Vertragsbedingungen**

Die Beauftragung soll auf Basis des zur Verfügung gestellten Vertragstextes (Teil IV) erfolgen. **Dieser ist mit dem Angebot vorbehaltlos als Grundlage und Bestandteil des Angebotes zu akzeptieren.** Sollten Sie sich aufgrund einzelner Vertragsregelungen an der Abgabe eines Angebotes gehindert sehen, bitte ich darum, mir dies sofort nebst Begründung und einem Alternativvorschlag über das Vergabeportal mitzuteilen, sodass geprüft werden kann, ob allen Verfahrensteilnehmern ggf. ein überarbeiteter Vertragstext zur Verfügung gestellt werden. Vertragsanmerkungen nach Ablauf der Angebotsfrist können nicht mehr berücksichtigt werden.

In einem offenen Verfahren kann mit den Bietern grundsätzlich nicht über ihre Angebote und also über Verträge verhandelt werden. Es können nur solche Angebote gewertet werden, welche den formalen und inhaltlichen Anforderungen der Vergabeunterlagen vollständig gerecht werden. Bitte berücksichtigen Sie dies bei der Erstellung Ihres Angebotes.

### **I.6 Allgemeiner Hinweis zu den Vergabeunterlagen**

Die in diesen Vergabeunterlagen enthaltenen Informationen sind, soweit schutzrechtsfähig und soweit sie nicht Informationen Dritter enthalten, Eigentum der Vergabestelle.

Verwertung, Kopie sowie Weitergabe der Vergabeunterlagen sind nur im Rahmen der Erstellung eines Angebotes und nur durch das die Vergabeunterlagen anfordernde Unternehmen zulässig. Eine darüberhinausgehende Weitergabe und insbesondere der Verkauf von Vergabeunterlagen an Dritte gleich zu welchem Zweck ist nicht gestattet.

Sollten Sie die Vergabeunterlagen nicht direkt von der Vergabestelle bzw. über das genutzte Vergabeportal erhalten haben, sondern über Dienstleister oder beauftragte Dritte, wird Ihnen eine Registrierung auf dem Vergabeportal und eine Teilnahme über v. g. Vergabeportal dringend empfohlen. Vergabeunterlagen können von der Vergabestelle geändert oder ergänzt werden, die Bieterkommunikation, die i.d.R. als einziges Kommunikationsmittel zugelassen ist, kann erläuternde Hinweise der Vergabestelle enthalten.

Einen verbindlichen und jeweils aktuellen Stand der Informationen zu diesem Vergabeverfahren finden Sie im Regelfall nur auf dem o.g. Vergabeportal

## **I.7 Unklarheiten und Rechtsschutz**

### **I.7.1 Unklarheiten**

Die Bieter / Bietergemeinschaften werden aufgefordert, den Verfahrensleitfaden sowie die EU-Bekanntmachung unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten und Widersprüche zu überprüfen.

Enthalten diese nach Auffassung des Bieters / der Bietergemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, die Inhalt oder Vollständigkeit des Angebots betreffen, so hat der Bieters / die Bietergemeinschaft den Auftraggeber umgehend darauf hinzuweisen. Der Hinweis muss über die Vergabeplattform an die o.g. Kontaktstelle erfolgen.

### **I.7.2 Rügefristen**

Die Fristen des §§ 160 Abs. 3 GWB 2016 sind zu beachten. Danach ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,



4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

### **I.7.3 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Zuständige Stelle für die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen ist die

Vergabekammer Westfalen  
c/o Bezirksregierung Münster  
Albrecht-Thaer-Straße 9  
48147 Münster  
Fax: 0251 411-2165